

Zeitschrift: Neue Schweizer Rundschau
Herausgeber: Neue Helvetische Gesellschaft
Band: 1 (1933-1934)
Heft: 3

Artikel: Zur nationalen Erneuerung
Autor: Meier, Walther
DOI: <https://doi.org/10.5169/seals-758373>

Nutzungsbedingungen

Die ETH-Bibliothek ist die Anbieterin der digitalisierten Zeitschriften auf E-Periodica. Sie besitzt keine Urheberrechte an den Zeitschriften und ist nicht verantwortlich für deren Inhalte. Die Rechte liegen in der Regel bei den Herausgebern beziehungsweise den externen Rechteinhabern. Das Veröffentlichen von Bildern in Print- und Online-Publikationen sowie auf Social Media-Kanälen oder Webseiten ist nur mit vorheriger Genehmigung der Rechteinhaber erlaubt. [Mehr erfahren](#)

Conditions d'utilisation

L'ETH Library est le fournisseur des revues numérisées. Elle ne détient aucun droit d'auteur sur les revues et n'est pas responsable de leur contenu. En règle générale, les droits sont détenus par les éditeurs ou les détenteurs de droits externes. La reproduction d'images dans des publications imprimées ou en ligne ainsi que sur des canaux de médias sociaux ou des sites web n'est autorisée qu'avec l'accord préalable des détenteurs des droits. [En savoir plus](#)

Terms of use

The ETH Library is the provider of the digitised journals. It does not own any copyrights to the journals and is not responsible for their content. The rights usually lie with the publishers or the external rights holders. Publishing images in print and online publications, as well as on social media channels or websites, is only permitted with the prior consent of the rights holders. [Find out more](#)

Download PDF: 14.02.2026

ETH-Bibliothek Zürich, E-Periodica, <https://www.e-periodica.ch>

Zur nationalen Erneuerung

von Walther Meier

In einem der vielen Briefe, die wir über unser «Fronten-Heft» erhalten haben, schrieb jemand, nachdem er in starken Worten seiner Enttäuschung über die «Programme» der neuen politischen Bewegungen Ausdruck verliehen hatte zum Schluß: «Es scheint fast, als ob es schließlich auf das hinauslaufe, was Gottfried Keller in der letzten seiner Seldwylergeschichten als Anstoß zu der demokratischen Bewegung der sechziger Jahre erkannt hat: «Da aber ein Volk oder eine Republik, wenn sie durchaus Händel suchen mit ihren Führern und Verwaltern, nicht auf die Dauer wegen des Anfangs verlegen sind und immer neue Mittel erfinden, so stellte man sich zuletzt einfach vor die Personen hin und sagte: «Eure Gesichter gefallen uns nicht mehr».

Es ist sehr leicht sich vorzustellen, was ein Frontenführer — etwa der Eidgenössischen Front — darauf antworten würde. «Daran ist etwas Wahres — würde er vielleicht sagen — nur mit dem Unterschiede, daß die «Malkontenten» von damals, die gegen das «System» anliefen, keinen Gefallen an den Gesichtern eines Alfred Escher und James Fazy gefunden haben, weil sie ihnen zu markant und willensmäßig waren, uns aber mißfallen Gesichter, die keine sind.»

Vergleiche der politischen Bewegung der Sechziger Jahre mit derjenigen unserer Tage, wären übrigens nicht uninteressant. Damals wie heute wurde der liberalen Partei Selbstzufriedenheit und Selbstsicherheit vorgehalten, erbittert gegen das Übergewicht der Parteiinteressen gekämpft und über den mangelnden Sinn der Regierung für die Sorgen der kleinen Leute geklagt. Auch damals war nach Zeiten raschen Aufschwunges eine wirtschaftliche Krise hereingebrochen: Geldmangel, Teuerung und Verdienstlosigkeit herrschten, die Industrie stockte, die Bauern gerieten in Schulden, dazu war im Sommer 1864 noch die Cholera gekommen, die fast jeden Verkehr lahmlegte. Ging der Kampf damals um Referendum, Initiative, Volkswahl der Regierung, um die äußerste Erweiterung der Volksrechte und den Sturz persönlich verantwortlicher Träger der Macht, so stößt die heutige Bewegung nach der entgegengesetzten Richtung

vor; man ruft nach Einschränkung der Volksrechte und nach einer Regierung, «die nicht nur zu verwalten, sondern zu r e g i e r e n hat.»

In diesem Willen zur Umkehr tritt ein altes und immer wieder beobachtetes Gesetz alles politischen Lebens zutage: das Gesetz des Pendels. Bald schwingt das Pendel des Geschickes nach der Seite der Freiheit, Lockerung und Bewegung, bald nach der Seite der Bindung, Ordnung und Autorität. Bald sind die Ausschläge klein und führen Veränderungen im Kräftespiel innerhalb der bestehenden Ordnung herbei, bald sind sie groß und imstande einen Wechsel der Staatsordnung zu bewirken. Immer aber ist die Kraft, die das Pendel bewegt jener Wille, und mag er noch so unbändig sich gebärden, der nach der Harmonie der Mitte strebt. Aber im Leben eines Volkes ist die Ruhe der ausgewogenen Kräfte ein seltenes Glück und flüchtig wie der hohe Mittag. Sie hat in der geschichtlichen Erinnerung der Völker kein Bild, sondern nur im Reiche der Mythen. Dieses Gesetz des Wandels, schon von den Staatsphilosophen des Altertums erkannt, hat seinen tiefsten Grund in der Zwiespältigkeit der Menschennatur, in der Trieb und Ethos in ewigem Kampfe miteinander liegen. In der Rechts- und Staatsordnung will der Widerstreit zwischen Sittlichkeit und Triebgewalten jenen Ausgleich finden, der ein solches Leben in der Gemeinschaft ermöglicht, das die Würde des Menschengeschlechtes wahrt. Aber keine Rechts- und Staatsordnung kann den g a n z e n Menschen in sich einbeziehen. Das ganze reiche Leben außerhalb von Staat und Recht, ständigem Wandel unter immer neuen Bedingungen unterworfen, b r i n g t i m m e r jene Elemente am stärksten zur Geltung, welche in der bestehenden Staats- und Rechtsordnung am schwächsten verwirklicht sind.¹⁾ Dadurch wird das politische Leben durch jenen Kreislauf der Wandlungen getrieben, den Machiavelli in die klassische Formel gebracht hat: «Die Kraft erzeugte Ruhe, die Ruhe Müßigkeit, diese Unordnung, die Unordnung Zerrüttung, und ebenso entsteht aus der Zerrüttung Ordnung, aus Ordnung Kraft, aus dieser Ruhm und gutes Glück.»

Man schätzt die «Fronten» nicht richtig ein, wenn man allein auf ihre Programme abstellt und darin «neue Ideen» vermißt. In einer Kundgebung der Nationalen Front hat ein Führer, als ihm das Feh-

¹⁾ Vergl. dazu: «Dietrich Schindler, Verfassungsrecht und soziale Struktur», Zürich 1932. Schultheß & Co.

len eines «positiven Programms» vorgehalten wurde, das kühne Wort ausgerufen: «Das Programm sind wir!» Das ist der Ruf einer neuen Generation, die im Feuer ihrer Jugend so stark an sich selber glaubt, daß sie wähnt, den Staat zu erneuern, wenn nur derjenige Geist ihn durchdringe, der sie selbst beflügelt.

Soviel ist sicher: jede wirkliche Erneuerung und Umwälzung ist immer von einer neuen Generation getragen worden. Die natürlichen Spannungen zwischen Alter und Jugend, Vätern und Söhnen, können unter außergewöhnlichen Bedingungen von solcher Stärke werden, daß die Jugend die Alten mit Gewalt in das «ehrenvolle Otium» — nach dem ironischen Worte eines Frontenführers — zu drängen gewillt ist.

Danton hat einmal auf die Frage, warum er zum Revolutionär geworden sei, geantwortet: «L'ancien régime nous y a forcés, en nous faisant bien éllever sans ouvrir aucun débouché à nos talents.» Die Jugend, die jetzt ihre überbordenden Kräfte in die Politik trägt, hat nur darum so großen Widerhall gefunden, weil sie ein mächtiges Element in sie hinein trägt, das mit der Zeit zu entschwinden drohte: Leidenschaft, Kampfesmut, hochfliegender Wille, Begeisterung. Das ist mehr als alle klug ersonnenen Programme. Es ist mit tiefem Recht gesagt worden, das Genie des schweizerischen Volkes, das in seinen besten Männern und Zeiten immer wieder sich auspräge, sei eine eigentümliche Verbindung von Schwungkraft der Seele mit einem gesunden, praktischen Menschenverstand, eine Mischung, welche die politische Genialität überhaupt ausmache. An praktischem Menschenverstand hat es bei uns nicht gefehlt, und es gab Zeiten, wo er gerade das heilsame Gegengewicht war, gegen Möglichkeiten des Radikalismus, die in unseren ausgeweiteten demokratischen Institutionen enthalten sind. Aber wenn nicht höhere Mächte ihn beflügeln, entartet das von ihm beherrschte politische Leben in öden Materialismus, kleingeistige Interessenwirtschaft, in flache Routine, Gelddenken und selbstsüchtige Parteizwiste. Man paßt sich um jeden Preis an, rechnet nur mit dem «Gegebenen», weil der Mut zu großen Entschlüssen fehlt. Es ist jener Zustand, den junge Deutsche im Auge hatten, wenn sie davon sprachen, daß ihr Vaterland vor der «Verschweizerung» bewahrt werden müsse, ein Wort, das in jedem Schweizer so jähre Bitternis aufsteigen ließ, weil er das Korn Wahrheit darin spürte.

«Es ist nicht zu verkennen, daß in dieser kleinen Methode der Politik etwas den Volksgeist selber Beeinträchtigendes liegt und daß ein geistig und sittlich bedeutendes Volk nur durch einen prinzipiellen und offenen Kampf für die höchsten Güter des Lebens erzogen und in seiner Kraft erhalten werden kann; ja, daß es überhaupt fraglich ist, ob ohne solche Kämpfe es noch der Mühe wert wäre, ein freud- und leidloses Dasein, durch die eintönige Ebene geschichtsloser Jahrhunderte hindurch zu schleppen.» So schrieb Carl Hilty, dessen religiöse und politische Mahnworte uns heute aufs stärkste treffen müssen, in seinem Volksbuche zur sechsten Säkularfeier des ersten ewigen Bundes.

Gegen diese «kleine Methode der Politik» macht heute die beste Jugend unseres Landes Front. Der vielberufene «gesunde Sinn» unseres Volkes zeigt sich diesmal gerade darin, daß in ihm die Mächte des Gefühls und der Begeisterung erwacht sind, um den nur mehr wägenden Verstand wieder zum wagen zu erheben. Die Geschichte der Schweiz führt uns mit der Kraft eines ewigen Beispiels vor Augen, daß der Stern unseres Landes immer dann versank, wenn jene höheren Kräfte schwanden, die einst die Genossen eines Landes zu Genossen eines Eides erhoben hat. Was heute die von der Jugend getragene Bewegung im tiefsten will, ist die Wiedererweckung des Bewußtseins vom Werte, der in Volkstum und Heimat, Nation und Vaterland ruht. Wenn die historischen Parteien dagegen halten: Auch wir haben das immer vertreten, — so ruft die Jugend ihnen zu: Was ihr nur vertreten habt, das wollen wir leben! Und darin liegt das Entscheidende. Die Jugend ist von einem neuen Leben eingefüllt. Sie ringt sich mächtig aus der geistigen Verhaftung unseres Landes in der Vorkriegszeit los, deren individualistischer, durch das Wirtschafts- und Gelddenkens ausgehöhlter Freiheitsbegriff für sie von jedem Pathos entkleidet ist. Es gibt keine Auffassung des Staates, sei diese nun eine rationalistische oder mehr gefühlte und geschaute, die nicht eine Auffassung vom Leben überhaupt ist. Dieses neue Lebensgefühl, seit Jahrzehnten im philosophischen Schrifttum vorgebildet, — bei Nietzsche, Sorel, Bergson, Scheler, Klages, Keyserling — ist durch die Not des Krieges, die Wirren der Nachkriegszeit, die Verengung des Lebensraumes und die Zerrüttung der kulturellen Werte geboren worden.

Worin aber besteht nun dieses neue Lebensgefühl? Es strömt vor allem aus dem Elementaren des Lebens, aus dem dunkeln und ge-

fährlichen Untergrund der Triebe, es bejaht den Kampf und unterwirft sich dem Willen, der Zucht und Disziplin. Mussolini, von einem finnischen Philosophen gefragt, was das Wesen des Fascismus in einem Satze ausgedrückt sei, gab in deutscher Sprache zur Antwort: «Wir sind gegen das bequeme Leben.» Der französische Graf d'Ormesson stellte die entsprechende Frage an einen deutschen nationalsozialistischen Führer und bekam die Antwort in einem einzigen Wort: «Zusammenmarschieren». Verachtung des bequemen Lebens und Zusammenmarschieren — darin liegt wirklich der Kern des Lebensgefühls beschlossen, das die Jugend erfüllt. Daraus ist auch das politische Ziel entsprungen, das für die Generation der Fronten das einzige entscheidende ist: die Volksgemeinschaft. Darauf richtet sie ihren ganzen Willen mit einer ans Mystische grenzenden Hoffnungsfreude. Die politischen Formen und Institutionen, so glaubt sie, würden gleichsam von selber aus der inneren Dynamik der Volksgemeinschaft heraus geboren.

Für die Jugend unseres vom Kriege verschonten Landes muß es zuerst darum gehen, etwas von jener Lebensauffassung, die außerhalb unserer Grenzen in den Schützengräben erworben wurde, — denn dort ist die Verachtung des bequemen Lebens gelernt und der Wille zum Zusammenmarschieren geschmiedet worden — auf eine ganz andere Weise zu erringen. Sie muß ein neues Lebensgefühl der Gemeinschaft, Zucht und Entschlossenheit geistig erwerben, aus den Quellen, die dem Boden unseres Landes, unserer Geschichte und unseres Volkstums entströmen, im selbstlosen Dienste am Ganzen der Nation.

Zur Erreichung des höchsten Ziels, der nationalen Volksgemeinschaft, sind die jungen politischen Bewegungen ohne Ausnahme willens einen Zweifrontenkrieg zu führen, auf der einen Seite gegen den klassenkämpferischen Marxismus, auf der anderen Seite gegen den Liberalismus. Ihr tatbereiter Kampf gegen die roten Parteien und deren volkszersetzende Hetze zum Klassenhaß, zur Unterwühlung und zum Umsturz des Staates, brachte den Fronten die entschlossene Zustimmung aus dem Bürgertum aller Stände und füllt am stärksten ihre Reihen auf. Das klägliche Bild des widerstandslosen Zusammenbruches des Marxismus in Deutschland mochte dabei die Überzeugung von seiner inneren Haltlosigkeit bestärken und die Zuversicht befestigen, daß auch bei uns die Eingliederung

der roten Arbeiterschaft in die nationale Volksgemeinschaft möglich sei, wenn nur zu entscheidenden Taten geschritten werde. In ihrem Kampfe gegen den Liberalismus aber finden die Fronten auf der Seite des Bürgertums einen ständig wachsenden Widerstand. Das Gedankengut des Liberalismus, das unserem Staatswesen zugrunde liegt, sitzt unserem Volke zu tief in Fleisch und Blut. Und sein ewig lebendiger Archæus ist der Gedanke der Freiheit. Aus ihm ist die erste Eidgenossenschaft geboren worden. Was dem Denken und Fühlen unseres Volkes seine besondere Eigenart gibt und es wesentlich unterscheidet von den stammverwandten Nachbarvölkern ist gerade die Tatsache, «daß bei uns die Rechtskontinuität der altgermanischen Freiheit, wenigstens in einem Kern des werdenden Staates, an den sich andere Teile anschließen konnten, *n i e m a l s* untergegangen ist.» (Hilty.)

Der Liberalismus ist in seinen Ursprüngen eine Freiheitsbewegung gewesen, und sein ewiges Losungswort ist kein anderes als jenes, das der junge Schiller auf das Titelblatt seiner «Räuber» schrieb: *in tyrannos!*

Aber wenn der Besitz der Freiheit und der Genuß der freiheitlichen Institutionen Alltagsgewohnheit und selbstverständlich geworden ist, droht der lebendige Atem in ihnen zu erlöschen. «Les institutions périssent par leur victoires» (Renan). Dem Liberalismus wird heute erbittert vorgehalten den schrankenlosen und selbstherrlichen Individualismus entfesselt zu haben, durch seine Herrschaft in Politik und Wirtschaft sei die Gemeinschaft zerstört und die Klassenkampfsituation bewirkt worden. Greifen wir aber zurück auf die Magna Charta des Liberalismus, auf die Verkündung der Menschenrechte in der französischen Revolutionsverfassung von 1793, so lautet schon der erste lapidare Satz: «Le but de la société est le bonheur commun.» Die vierte These besagt: «La loi est l'expression libre et solennelle de la volonté générale; elle est la même pour tous, soit qu'elle protège, soit qu'elle punisse; elle ne peut ordonner que ce qui est juste et utile à la société; elle ne peut défendre que ce qui lui est nuisible.» Die sechste These vollends spricht jene berühmte und großartige Definition des liberalen Freiheitsbegriffes aus, der nicht auf die Ungebundenheit des Individuums, sondern auf die Freiheit in der Gemeinschaft abzielt: «La liberté est le pouvoir qui appartient à l'homme de faire tout ce qui ne nuit pas aux droits d'autrui; elle a pour principe la nature, pour règle la justice, pour

sauve-garde la loi; sa limite morale est dans cette maxime: Ne fais pas à un autre ce que tu ne veux pas qu'il te soit fait.» Die Verfassung selber endet mit Worten von unverlierbarer, menschheitlicher Würde, indem sie jene Bürgertugenden beschwört, deren die Freiheit zu ihrer Ergänzung bedarf, ja, die das eigentliche Lebenselement bilden, in dem sie allein ihr wahres Wesen entfalten kann: «La R. F. honore la loyauté, le courage, la vieillesse, la piété filiale, le malheur. Elle remet le dépôt de sa constitution sous la garde de toutes les vertus». —

In diesem feierlichen Apell an die Tugend findet eine tiefe Erkenntnis vom Wesensgesetz der freien Staatsform ihren klaren Ausdruck. Schon Montesquieu stellt fest, daß die Demokratie der «vertu» bedürfe. Auf dem großen Felde, das sie ihren Bürgern frei läßt, muß ein Gegengewicht, eine lebendige Ergänzung sich vorfinden. Was der Staat nicht ordnet, das muß die Tugend der Bürger ordnen. Wilhelm von Humboldt, der in seiner liberalen Doktrin des «müßigen Staates» einer äußersten Beschränkung der staatlichen Einflußnahme das Wort redet, setzt dafür als tragenden Grund ein Menschentum von innerlichster Disziplin und edlem Humanismus voraus. Als in Zürich 1831 die liberale Verfassung eingeführt wurde, da lautete der Ruf ihrer Schöpfer: «Volksbefreiung fordert Volksbildung.» Allerdings darf diese Bildung nicht bloß auf die Vernunft bauen. Die liberale Staatsform kann also nur bestehen, wenn im Außerstaatlichen die Willkür des Individuums im Denken und im Handeln beschränkt wird durch sittliche und religiöse Normen. Weil die Verpflichtung der Freiheit auf das Gewissen lau geworden ist, darum ist der Liberalismus heute im Zerfall. Die Bindungen an Religion und Kirche und die dadurch lebendigen ethischen Kräfte waren einst seine innere Ergänzung, bis sie durch die der Aufklärung folgende Popularisierung und Vulgarisierung positivistischen naturwissenschaftlichen Denkens, durch die Technik und Wirtschaft immer mehr zerstört worden sind. Darum wird heute die Anklage erhoben, er sei gegen auflösende Tendenzen zu widerstandslos und ohnmächtig. Sein tragisches Versäumnis ist es, zu sehr auf den Satz: «der Mensch ist gut» abgestellt und zu wenig Vorkehrungen getroffen zu haben, falls er es nicht sein sollte.

Die Bewegung, die nun gegen den Liberalismus im Gange ist, sucht nach neuen Bindungen. Sie sucht sie auf zwei ganz entgegengesetzten Wegen. Der eine führt zum universalen Staat: alles im Staat, mit dem Staat, durch den Staat. Der andere führt zur Kirche,

zur Religion, zu Gott. Eine neue Phase des alten Kampfes zwischen Kirche und Staat hebt an. Der Ausgang des Kampfes um die «Gleichschaltung der Kirchen» ist eine geistige Schicksalsfrage für Deutschland und von höchster Tragweite für den Protestantismus überhaupt. Um was es geht, kann nicht deutlicher gezeigt werden als in der These, die ein märkischer Pfarrer¹⁾ den «Deutschen Christen» entgegengehalten hat: «Kein Zeichen der Welt hat n e b e n dem Kreuz Platz und Recht. Die Zeichen dieser Welt sind alle u n t e r dem Kreuz. Wir protestieren nicht gegen das Hakenkreuz, das wir vielmehr als Zeichen unseres Volkstums anerkennen, sondern wir protestieren gegen jede Vermengung oder Gleichordnung des Hakenkreuzes mit dem Kreuz.»

Was ergibt sich aus allem dem für den Liberalismus in unserem Lande? Er kann sich nicht erneuern, wenn er versucht, den Fronten den Wind aus den Segeln zu nehmen und gewisse Formen und Forderungen von ihnen sich zu eigen zu machen, den «Harsten» gar «freisinnige Garden» gegenüberzustellen und Ähnliches mehr. Er kann sich nur erneuern, wenn er seine ganze Kraft daran setzt, daß die ethischen und religiösen Kräfte, deren die liberale Staatsordnung zu ihrem Leben bedarf, geweckt, gehegt und gestärkt werden. Und er hat zwei große geistige Wegweiser dazu: Alexandre Vinet und Carl Hilty. Es hat den Anschein, als ob der jüngst in Langental begründete «Bund für Volk und Heimat» in jener Richtung zu wirken gewillt sei. Noch streben die sehr verschiedenartigen Fronten durcheinander und gegeneinander. Hinter ihnen, ihrem Wesen nach grundsätzlich verschieden, drängt die vom notleidenden Gewerbe und Handwerk getragene breite Mittelstandsbewegung. Trotz der Gegnerschaft der Fronten, die die Standespolitik bekämpfen, hat der Bund «Neue Schweiz» starke Tendenzen, die ihn mit den Fronten verbinden, nicht nur dadurch, daß er, um die Einschränkung des liberalen Prinzipes der Handels- und Gewerbefreiheit kämpft, sondern weil auch er nach irgendeiner Form der berufständischen Ordnung sucht.

Alle die neuen Bewegungen sind im Wachsen und werden durch ihren Zustrom ihr besonderes Gefälle erhalten. Werden sie durch die Entwicklung der Dinge immer enger zusammengeführt zu einer großen Volksbewegung, in der der Wille zur Mehrheit die stärkste

¹⁾ Heinrich Vogel, im Juniheft der «Tat».

Kraft sein wird, dann ist unsere größte Hoffnung, daß in dieser Volksbewegung der Geist jenes Bundes lebendig werde, den Hilty mit dem Herzen des großen Freundes des Vaterlandes für die Zukunft vorausgekündet hat:

«Es mag mit der Zeit die Notwendigkeit an uns herantreten, auch die historische Eidgenossenschaft und ihren Bestand als kräftig organisierten Bundesstaat durch einen großen, stillschweigend, oder ausdrücklich bestehenden Nationalverein zu unterstützen, der es sich zur Aufgabe macht, diesen Staat und seine Rechtsordnung, gegenüber völlig unitarischen, sozialistisch-internationalen, oder sonst ausländischen, wie gegenüber bloß kantonalen Tendenzen zu erhalten, um ihn inakt den Nachkommenden für ein weiteres Jahrhundert des Bestehens übergeben zu können. Die leitenden Grundsätze eines solchen Bundes sind schon längst ausgesprochen worden von einem Dichter, der, obwohl nicht unserem Volke angehörig, es dennoch verstand, sich in dessen Gedankenleben hinein zu versetzen.

Wir wollen frei sein, wie die Väter waren,

Freier sogar, als sie in unserer Geschichte des Öfteren gewesen sind.

Wir wollen sein ein einig Volk von Brüdern
In keiner Noth uns trennen, noch Gefahr, —

Aber ein historisches, fest gegen außen abgeschlossenes Volk, nicht bloß eine Gruppe eines internationalen Völkerbundes, oder drei politisch verbündete Partikeln größerer Nationalitäten.

Wir wollen trauen auf den höchsten Gott

Und zwar in Wirklichkeit, nicht bloß als kirchliche Redensart.

Und uns nicht fürchten vor der Macht der Menschen.

Ebenso wenig aber vor der Macht der Zeitideen und Zeitströmungen, die Gott ebenfalls unterthan sind und von ihm geändert werden können.

Das ist die historische und jeder Generation gewissermaßen wieder neu zu beschwörende schweizerische «Eidgenossenschaft». Zu derselben gehört ein freiheitlich gesinntes und gleichzeitig religiös empfindendes, herhaftes und seiner Mission vollständig bewußtes Volk.»